

## **Prioritäten der BAG Energie für die Schreibgruppe zum GRÜNEN Bundestagswahlprogramm 2013**

Kontakt Sprecher/innen:

*Astrid Schneider: 0151-23068851*

*Georg P. Kössler: 0176-62050750*

Über die drei vom Bundesvorstand abgefragten Projekte hinaus haben wir weitere wichtige Beschlüsse gefasst (teils BDK-Beschlüsse), Arbeitspapiere erstellt, sowie Textbausteine entwickelt, die wir in den Programmprozess einbringen möchten.

Auch diese Informationen wollen wir dem Bundesvorstand und den Schreibern des Wahlprogramms von unserer Seite aus zur Verfügung stellen.

Auf den folgenden Seiten finden sich daher:

- die drei Prioritäten der BAG-Energie zum Wahlprogramm,
- Links zu Beschlüssen der BAG-Energie,
- weitere Projektschwerpunkte der BAG Energie,
- eine Liste der offenen Fragen,
- sowie Hintergrund- und Arbeitspapiere.

Die drei zentralen Projekte der BAG-Energie für den Bundestagswahlkampf:

**A. Ein neues Energiekonzept für Deutschland**

**B. Netzausbau und Speicher**

**C. Sparsame und energieeffiziente Gebäude**

# 1. Ein neues Energiekonzept für Deutschland auf dem Weg zu 100% erneuerbaren Energien

Die zentralen energiepolitischen Ziele und Instrumente der Bundesregierung sind komplett gescheitert. Das Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung sah als wichtigste Maßnahmen zur Erreichung einer dekarbonisierten Energieerzeugung Laufzeitverlängerung, CCS für fossile Kraftwerke, den massiven Ausbau der Offshore-Windkraft und eine starke Steigerung der Energieeffizienz vor. Atomkraft und CCS stoppten die Bürger, bei Offshore-Wind und Effizienz geht es nicht voran. Die dezentralen erneuerbaren Energien wie Wind Onshore und Photovoltaik - die sich massiv entwickelt haben in den letzten Jahren – wollte das schwarz-gelbe Energiekonzept hingegen ausbremsen.

Diese falsche Politik hat zu einer massiven Verunsicherung im Energiesektor geführt. Wir wollen mit einem langfristigen Energiekonzept für 100% erneuerbare Energien bis 2040 zuverlässige langfristige Rahmenbedingungen schaffen. Mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien stärken wir den Wirtschaftsstandort und schaffen umweltgerechte Arbeitsplätze. Die soziale Gerechtigkeit bei der Energiewende steht für uns im Vordergrund. Die Investitionen in die Energiewende kosten Geld – ein Festhalten am fossil-atomaren Energiesystem wäre aber teurer: steigende Energiepreise durch die Verknappung der begrenzten Ressourcen und die Risiken und Schäden durch Klimawandel und Atomkraftnutzung spüren wir schon heute.

Mit einem grünen Energiemasterplan wollen wir:

- 100% Erneuerbare im Stromsektor bis 2030, bis 2040 in allen anderen Bereichen
- Energieeinsparung realisieren: absolut / nicht nur relativ
- EEG und Energiewirtschaftsgesetz so weiter entwickeln, dass es einem überwiegend erneuerbare Energien-System gerecht wird
- Eine Strategie weg vom Öl (Peak Oil) entwickeln
- Energiewende und Effizienzrevolution im Verkehrssektor
- Strommärkte neu gestalten: Energiemarkt und Strombörsen umgestalten in Richtung eines von erneuerbaren Energien dominierten Marktes
- Emissionshandelsmodell verbessern zu einem dynamischen Emissionshandel / das echte CO2-Preise erzeugt - ehrliche Preise für fossile Energie – Emissionsrechte

**BAG Energie, Juni 2012** \_\_\_\_\_ 3

grundsätzlich und vollständig versteigern und Menge der Zertifikate verknappen:

Verknappungsmechanismen und Mindestpreis

Effizienzsteigerung und Energieeinsparung realisieren

Top Runner-Modelle einführen

Einen Effizienzfonds einrichten

reduzierte Beiträge/Vergünstigungen bei Umlage EEG und Netzen für die Industrie und Großverbraucher knüpfen an Effizienzsteigerungen und Energieeinsparung

den Ausbau der Netze mit Bürgerbeteiligung voranbringen

ein Kohleausstiegs- und Klimaschutzgesetz verabschieden, statt vermehrt auf Braunkohle, unkonventionelles Erdgas mit Fracking, CCS und unkonventionelles Öl zu setzen

## **2. Energienetze und Speicher zukunftsfähig gestalten für erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich**

Den Ausbau und Umbau der Stromnetze wollen wir gezielt voran bringen. Durch die Ausschöpfung dezentraler Erneuerbarer Energiepotentiale und von Speichern sowie insbesondere der Integration von Strom, Wärme und Verkehrssektor wollen wir den zusätzlichen Leitungsbedarf beim Umstieg auf 100% erneuerbare Energien so weit wie möglich minimieren. Wir wollen uns gezielt mit unseren europäischen Nachbarn vernetzen und den Stromtransport innerhalb von Deutschland verbessern, weil wir so wichtige und preisgünstige Potentiale zum Ausgleich des fluktuierenden Stroms erschließen können. Zentrale und dezentrale Netzstrukturen und Elemente des Energiesystems wollen wir optimal miteinander verknüpfen, damit sie sich gegenseitig stabilisieren.

Mit zukunftsfähigen Energienetzen und Speichern wollen wir:

Die ständige Verfügbarkeit von 100% erneuerbarem Strom und Versorgungssicherheit gewährleisten

Power to Gas nutzen zur Speicherung fluktuierender erneuerbarer Energien

Netze zur Erschließung der dezentralen Erzeugung bereit stellen

Den Strom von den Erzeugern zu den Verbrauchszentren leiten

Den Internationalen Stromverbund ausbauen und den europäischen Strommarkt optimieren

NOVA-Prinzip – Netzoptimierung vor Verstärkung und Ausbau – auf Übertragung- und Verteilnetzebene mit Energieeinsparung verbinden

Bestehende Infrastrukturen wie Bahnnetz und Autobahnen nutzen zum Netzausbau

Hemmnisse beseitigen und den Strommarkt so gestalten, dass Smart Grids mit dezentraler Erzeugung, Energiespeichern und Demand Side Management sich lohnen

Durch intelligente Netze und Strommärkte steuerbare Verbraucher nutzen vor allem bei der Industrie

Ein Intelligentes Preissystem schaffen

Bürgerbeteiligung bei der Netzplanung

Öffentliches Eigentum der Netze auf allen Ebenen und eine Bundesnetzgesellschaft einrichten für die Übertragungsnetze

Finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger, z.B. über Bürgergenossenschaften und Rekommunalisierung gewähren

Forschung und Entwicklung von Speichern fördern durch Umschichtung von Forschungsgeldern aus atomar-fossilen Mitteln

### **3. Sparsame und energieeffiziente Gebäude**

Bis 2040 sollen alle Gebäude auf Niedrigstenergiehausstandard saniert und zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Ein Plusenergiehausstandard für den Neubau wird angestrebt. Hierzu wollen wir:

- Fördermittel in Höhe von mindestens 5 Mrd. EUR für Gebäudeenergie bereitstellen. Diese lösen rund 45 Mrd. Investitionen aus und wirken als Impuls für mehr Beschäftigung. Diese Förderung knüpfen wir an die Erreichung von Nachhaltigkeitsstandards.
- den Gebäudeenergieausweis in Effizienzklassen von A bis E gliedern, wie bei Elektrogeräten.
- die Sanierungsquote mindestens verdoppeln.
- die Zusammenlegung von Energieeinspargesetz (EEG) mit der Energieeinsparverordnung (EnEV) und dem Erneuerbare Energien Wärmegesetz (EEWärmeG) für Entbürokratisierung und verbesserter Umsetzungskontrolle.
- die Umlage der Modernisierungskosten auf die Mieter/innen abhängig vom erreichten Effizienzstandard bemessen.

- die Konsequente Umsetzung der EU-Gebäude- und Effizienzrichtlinie.
- ein Klimawohngeld einführen.
- Recycling-Baustoffe verstärkt in den Markt bringen, schadstoffarme Baustoffe verwenden und Pestizide und Fungizide in Baustoffen verbieten, um die Fehlsteuerung des erhöhten Austrages ins Grundwasser zu stoppen
- eine Umlage auf Öl, Kohle und Gas zur Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung (Prämienmodell).

## Anhang 1: Weitere Projekte

**Im Folgenden listet die BAG Energie für die Schreibgruppe weitere zentrale Projekte und Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode auf.**

Hierbei geht es der BAG um die Stoßrichtung - es wurde bei der Abstimmung auf der Sitzung in München nicht um Formulierungen gerungen.

### Inhaltsübersicht

<i>Green New Energydeal für Europa</i> .....	5
<i>Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland</i> .....	5
<i>Das EEG konsequent weiter entwickeln und die erneuerbaren Energien ausbauen</i>	5
<i>Kohleausstieg bis 2030</i> .....	5
<i>Europäische Erneuerbaren- und Effizienzoffensive</i> .....	5
<i>Rekommunalisierung voran bringen</i> .....	5
<i>Strommarkt intelligent weiterentwickeln</i> .....	5
<i>Die Klimadiplomatie mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran bringen</i> .....	5
<i>Open Data in der Energiewirtschaft</i> .....	5
<i>Klimagerechtigkeit</i> .....	5

<i>Migration und Flucht aufgrund von Klimawandel.....</i>	<i>6</i>
<i>Klimaschutz &amp; gesunde Ernährung mit nachhaltiger Bio-Landwirtschaft verbinden..</i>	<i>6</i>
<i>Den Ländlichen Raum als Treiber der Energiewende begreifen.....</i>	<i>6</i>

## 1. Green New Energydeal für Europa

Eine ‚**Europäische Offensive für Erneuerbare Energie und Effizienz**‘ starten. Wir Grüne wollen einen ‚Green new Energydeal‘ für Europa, der die aktuellen Megakrisen gemeinsam angeht und löst, statt ständig mit öffentlichem Geld Öl ins Feuer der Finanzmärkte zu gießen. Die europäischen und Euro-Krisen sind:

- Finanz- Sozial- und Wirtschaftskrise (Euro-Krise)
- Peak Oil Krise als wesentlicher Mitauslöser
- Klimakrise

Die Bundesregierung soll sich mit dem Beispiel Deutschland aktiv an einer europäischen Investitionsinitiative in die europäische Energiewende beteiligen.

**Öffentliche Gelder von Euro- und Bankenrettung sollen umgeschichtet werden in:**

- **Investitionen in die europäische Infrastruktur für erneuerbare Energien.** Dazu gehören erneuerbare Energieerzeugung, Energiespeicher, intelligenter Stromnetze, die europäischen Vernetzung sowie Effizienzmaßnahmen
- die **finanzielle Stärkung der innovativen Firmen in diesen Zukunftsbereichen** zur Stärkung der europäischen Wirtschaft und Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit
- **Ausbildungs- und Forschungsinitiative für erneuerbare Energien und Effizienz**

Zentrales Ziel ist die Schaffung nachhaltiger Infrastrukturen und Arbeitsplätze im Bereich der Energiewende. Die europäischen Rettungsgelder wollen wir bevorzugt in ein der Krise entgegenwirken investieren, statt in eine ständige Verschärfung der Krise durch ein immer weiteres Aufblähen des Finanzsektors.

In Spanien haben wir derzeit über 50% Jugendarbeitslosigkeit – obwohl Spanien in ganz Europa die größten Potentiale für Solarenergie hat. Gerade die Krisenländer Griechenland, Spanien und Italien haben einerseits ‚Sonne satt‘ und andererseits ständig steigende Ölrechnungen, die einen großen Teil ihrer Außenhandelsdefizite ausmachen. Schnell wirkende Investitionen in Solarenergie in diesen Ländern, die langfristig

abgeschrieben werden, könnten ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden. Wir müssen die Rettungsmittel aus Europa weglenken vom Finanzsektor und der Bankenrettung hin zu Maßnahmen, welche die Wirtschaft für nachhaltige Projekte ankurbelt und so den Menschen direkt zu Gute kommt. So können wir die Klimakrise, die Sozialkrise und die Energiewende gleichzeitig schaffen und mit dem Euro auch den europäischen Zusammenhalt retten.

## 2. Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland

- *Beschluss eines nationalen Klimaschutzgesetzes als Rahmen deutscher Klimapolitik.*
- *Konsequentes „Klima-Mainstreaming“ der deutschen Gesetzgebung.*

Wie andere Länder auch braucht die Bundesrepublik ein Klimaschutzgesetz, welches konsequent, transparent und verlässlich unseren Fahrplan in eine CO<sub>2</sub>-neutrale Gesellschaft in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts beschreibt. Es bringt Planungssicherheit für die Wirtschaft und setzt einen Rahmen, in dem wir uns dann politisch um die besten Instrumente streiten können. Das nationale Klimaschutzgesetz hätte Auswirkungen auf viele andere Gesetze und Verordnungen und bringt diese in den Takt einer ambitionierten Klimapolitik. Während es einerseits einen Emissionsreduktionspfad von 2015 bis 2050 vorgeben würde, kann es andererseits Regelungen über Subventionsabbau im fossilen Bereich und neue innovative Anreize für Erneuerbare, Einsparung und Effizienz geben.

### **Beschlusslage:**

Fraktionsbeschluss (<http://www.gruene.de/partei/alternativen-zu-schwarz-gelb.html>)

BDK

([http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BDK09/BDK\\_Rostock\\_Final/Klimaschutz\\_braucht\\_Klimagerechtigkeit.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK09/BDK_Rostock_Final/Klimaschutz_braucht_Klimagerechtigkeit.pdf))

## 3. Das EEG konsequent weiter entwickeln und die erneuerbaren Energien ausbauen

### **Solarenergie**

Den Ausbau der Solaren Stromerzeugung wollen wir konsequent fortsetzen.

Besonders wichtig ist es, die Solarenergiepotentiale auf Dächern von privaten Gebäuden, Industrieanlagen oder an Lärmschutzwänden zu auszuschöpfen.

Alleine mit drei Prozent der versiegelten Fläche in Deutschland kann man rund 30% des heutigen Strombedarfes decken. Hausbesitzer oder Bürgergenossenschaften sollen auch künftig die Möglichkeit haben, Solaranlagen auf Gebäuden zu errichten. Solaranlagen werden immer kostengünstiger. Auch Solaranlagen leisten heute bereits einen Beitrag zur Stromnetzstabilisierung indem moderne Wechselrichter Blindleistung liefern. Ergänzt durch Regelungen zum Eigenstromverbrauch und für Stromspeicher wollen wir Solaranlagen intelligenter ins Stromnetz integrieren.

Einen wesentlichen Beitrag zur wichtigen Senkung der Solarstrompreise dazu haben Freiflächenanlagen geleistet. Da sie für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um einen Faktor 50 weniger Fläche benötigen als der Anbau von Biomasse, halten wir es für sinnvoll, auf landwirtschaftlich schlecht nutzbaren Böden mit geringer Bodengüte auch den Bau von Freiflächensolaranlagen zukünftig wieder zuzulassen.

Besonders geeignet sind ehemalige militärische Übungsplätze, bei denen erst durch die Solaranlage die Entgiftung der Böden finanziert werden kann.

Fehlsteuerungen wie die Abholzung von Wäldern für Freiflächenanlagen lehnen wir hingegen entschieden ab.

### **Wind Offshore**

Die Offshore-Windnutzung wollen wir mit Augenmaß weiterentwickeln. Eine Auswertung der Ergebnisse aus den gegenwärtigen Pilot- und Forschungsvorhaben welche gerade in Deutschland realisiert wurden, wird zeigen, wie effizient sich Offshore-Windkraft an der deutschen Küste nutzen lässt.

Die hohen Vollaststunden auf dem Meer lassen Offshore-Wind als ideale Ergänzung des erneuerbaren Energie-Mixes erscheinen. Technische Hemmnisse, hohe Kosten und die aufwändige Anbindung ans Stromnetz wurden jedoch in der Vergangenheit unterschätzt. Eine einseitige Privilegierung der Offshore-Windkraft gegenüber dem Onshore Wind, wie im Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung vorgesehen, lehnen wir ab. Ein neues Energiekonzept muss zeigen, wie viel Offshore-Windkraft Deutschland braucht.

### **Wind Onshore**

Wind Onshore hat sich bereits seit längerem als Zugpferd der erneuerbaren Energien gezeigt. Wir wollen die Windkraft verstärkt im Binnenland nutzen, auch im Süden Deutschlands. Die neue politische Öffnung in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen

begrüßen wir. Sie ermöglicht eine dezentrale Erzeugung regenerativen Stroms, welche zusätzlichen Stromnetzausbau einspart. So wird das ganze Energiesystem kosteneffizienter und umweltfreundlicher. Neue technische Entwicklungen tragen zur immer besseren Integration der Windkraft ins Stromnetz bei: hohe Masten und Windräder die speziell auf Schwachwind ausgelegt sind ermöglichen über 2500 Volllaststunden auch im Binnenland. Technologisch sind Windräder heute in der Lage, auch Blindleistung zu liefern und so zur Stabilisierung der Stromnetze beizutragen.

### **Biomasse**

Biomasse ist eine große Stütze der Energiewende. Doch wir müssen sie mit Bedacht ausbauen. Die Biomassenutzung wollen wir vor allem auf lokal verträgliche Potentiale begrenzen. Vor allem Reststoffe aus Bioabfällen, Grünschnitt, Lebensmittelabfällen, Klärwerken und Gülle sowie die nachhaltige Waldbewirtschaftung wollen wir fördern. Biomassenutzung soll den Kriterien der Nachhaltigkeit folgen.

Den Anbau von Biomasse zur Stromerzeugung mit Monokulturen in konventioneller Landwirtschaft insbesondere mit genetisch veränderten Pflanzen lehnen wir ab.

Für den Import von Biomasse wollen wir glaubwürdige Zertifizierungssysteme entwickeln oder nutzen, soweit vorhanden. Im großen Stile wollen wir sie nach Möglichkeit vermeiden.

Die Zufeuerung großer Mengen importierten Holzes in konventionelle Kraftwerke lehnen wir ab. So planen verschiedene große Energieerzeuger die Zufeuerung z.B. von Eukalyptus aus den USA in Kohlekraftwerken oder die Verbrennung von Gummibaumschnipseln aus Liberia.

### **Biogas / Vermaisung Landschaft**

Bei der Förderung von Biogasanlagen ist es zu einem starken Wachstum von Biogasanlagen auf der Basis von Mais gekommen. Den so stark verbreiteten Anbau von Mais zu Zwecken der Stromerzeugung halten wir für eine Fehlentwicklung, die wir begrenzen wollen. Die Vermaisung der Landschaft ist nicht wünschenswert. Gerade Monokulturen mit Mais zerstören langfristig die Böden und die lokale Pflanzenvielfalt. Zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien wollen wir strategisch nicht die Biomasse zurückgreifen, weil unsere Ressourcen an fruchtbaren Böden stark begrenzt ist. Speziell zur Stromerzeugung haben sich die erneuerbaren Energien Wind und Sonne auch als wesentlich flächeneffizienter erwiesen. So kann man auf derselben Fläche eines Maisfeldes ca. 30 mal mehr Strom ‚ernten‘, wenn man die Fläche für ggf. für Solarenergie nutzen würde. Entsprechend weniger Flächenbedarf entsteht.

## 4. Kohleausstieg bis 2030

*Keine neuen Kohlekraftwerke und bis 2030 vollständig aus der Kohleverstromung aussteigen!*

Um das Ziel die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen zu erreichen, darf weltweit nur noch eine sehr begrenzte Menge an CO<sub>2</sub>- Emissionen erzeugt werden. Das Emissionsbudget welches uns global zur Energieversorgung zur Verfügung steht, ist jedoch schon zu 4/5 durch die heute bestehenden Kraftwerke erschöpft.

Keinesfalls dürfen wir zulassen, dass die wegfallenden Atomkapazitäten in Deutschland durch Kohlestrom ersetzt werden.

Klimagerechtigkeit bedeutet in der Praxis, dass der Globale Norden seine Emissionen im Energiesektor auf ein absolutes Minimum reduzieren muss, um Raum für den Globalen Süden zu schaffen. Strom aus Kohlekraftwerken ist die CO<sub>2</sub>-intensivste Form der Stromerzeugung. Die Verpressung des bei der Verbrennung von Kohle entstandenen CO<sub>2</sub> mit neuen Technologien, dem sogenannten Carbon Capture Storage (CCS), packt das Problem nicht an der Wurzel, sondern verlagert es auf zukünftige Generationen, die mit der Wartung dieser CO<sub>2</sub> Endlager belastet werden. Zudem wird CCS - wenn überhaupt jemals - dann nicht früher als in zwanzig Jahren die Marktreife erreichen - viel zu spät für den Klimaschutz - und bringt viele große und neue Gefahrenpotentiale mit sich! Wir brauchen nicht auch noch ein Endlager für CO<sub>2</sub>!

Wir wollen ein Verbot für den Neubau zusätzlicher Kohlekraftwerke durchsetzen. Auf den Atomausstieg muss bis 2030 der Kohleausstieg folgen! Eine 100% erneuerbare Stromversorgung bis zu diesem Zeitpunkt ist technologisch möglich und aufgrund steigender Rohstoffpreise, schon in wenigen Jahren die kostengünstigere Alternative!

Subventionen für Kohlekraftwerke (und AKWs) auf internationaler Ebene, über Hermes-Bürgschaften und andere Instrumente, müssen angesichts der klimapolitischen Herausforderungen ebenfalls abgeschafft werden.

**Beschlusslage (100% Erneuerbarer Strom in 2030):**

**BDK:** Bundestagswahlprogramm 2009

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BDK09/Programm%2015.05.09/Bundestagswahlprogramm%2020.%20Mit%20neuer%20Energie%20FINAL3.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK09/Programm%2015.05.09/Bundestagswahlprogramm%2020.%20Mit%20neuer%20Energie%20FINAL3.pdf)

**Fraktion:** „Energie 2050: Sicher Erneuerbar“ (Version 2010) [http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/themen\\_az/atomausstieg/fahrplan\\_atomausstieg/reader\\_energie\\_2050\\_sicher\\_erneuerbar.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/atomausstieg/fahrplan_atomausstieg/reader_energie_2050_sicher_erneuerbar.pdf)

**Braunkohleausstieg: Beschluss LDK Landesverband Berlin März 2012:**

Beschluss V-08: Zerstörerische Braunkohlenutzung schrittweise beenden

<http://gruene-berlin.de/sites/default/files/v-08-end.pdf>

## 5. Europäische Erneuerbaren- und Effizienzoffensive

- *Europaweite Präferenzregeln für Erneuerbare.*
- *Mittel aus dem EU-Strukturfonds nur noch für grüne Projekte, welche die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, v.a. in den krisengeschüttelten EU-Staaten, senken.*
- *Europäischer Top-Runner Ansatz.*

Die Eurokrise wird sich eher verschlimmern, wenn die – in der Fachwelt ohnehin kritisierte – Fiskalpolitik, besonders von der jetzigen Bundesregierung betrieben, EU-weit verbindlich wird. Ein ausschließlicher und rigider Sparkurs zwingt die Länder mit großen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu sozialpolitischer Demontage und führt zu bzw. verschärft die wirtschaftliche Rezession. Europa braucht eine Politik und Strategie der wirtschaftlichen Belebung. Die Bremserrolle Deutschlands muss durch eine andere politische Mehrheit ausgehebelt werden. Wir wollen allerdings nicht blindes Wachstum unter Ausblendung seiner negativen ökologischen Folgen, sondern wirtschaftliche Impulse und Entwicklung mit einer tragfähigen, “nachhaltigen” Zukunftsperspektive verbinden. Und das europaweit, denn die EU ist für uns eine Solidargemeinschaft.

Eine anspruchsvolle Energie- und Klimapolitik bietet diese Chance und sie stellt diese Herausforderung: Der europaweite Umstieg auf erneuerbare Energiesysteme, bis 2050 durchaus realisierbar, verbunden mit einer anderen Sparpolitik, nämlich in der Energienutzung. Diese wirtschaftliche Entwicklungsperspektive ist besonders attraktiv für die südeuropäischen Krisenländer, die über die größten Potentiale an Solar- und teilweise

auch Windkraft verfügen. Um eine verzweigte und arbeitsintensive Industrie der „erneuerbaren“ Energieträger zu erhalten bzw. aufzubauen, schlagen wir EU-weit geltende Präferenzregeln vor, die für die einschlägigen Betriebe innerhalb der EU bessere Absatzmöglichkeiten sichern. Mit einer intensivierten außereuropäischen technologischen Zusammenarbeit zur Entwicklung von Industrien erneuerbarer Energieträger weltweit kann das durchaus zusammengehen.

**Beschlusslage:**

Photovoltaikhilfe und Top-Runner:  
[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Beschluesse\\_Laenderrat/Beschluesse\\_Luebeck2012\\_Energiewende.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschluesse_Laenderrat/Beschluesse_Luebeck2012_Energiewende.pdf)

EU-Strukturfonds: k.A.

EU-Investitionen: Green New Deal Programmatik

## **6. Rekommunalisierung voran bringen**

Die Energiewende vor Ort bekommt mit der Rekommunalisierung von Stromnetzen ein starkes grünes Gesicht. bundesweit werden neue Stadtwerke gegründet, befinden sich in der Gründungsphase oder übernehmen bestehende Stadtwerke die örtlichen Stromnetze in Eigenregie. Die Kommunen begreifen die Energiepolitik vor Ort wieder verstärkt als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und nehmen diese zum Teil in die eigene Hand. Die Stadtwerke steigen verstärkt in die dezentrale Erzeugung von grünem Strom ein, die von den großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden ist. Engagierte Stadtwerke mit ihrer traditionell starken, lokalen Verankerung sind deshalb auch nach Fukushima starke Partner bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort.

Eine „Kleinstaaterei“ anstatt bislang großer, zusammenhängender Stromnetze der großen EVUs als Folge von Rekommunalisierungen birgt aber auch Schwierigkeiten. Soll die Energiewende gelingen, müssen die Themen Speicherung und Netzintelligenz zur Synchronisierung von Erzeugung und Bedarf zwangsläufig in größeren Netzzusammenhängen gedacht werden.

## **7. Strommarkt intelligent weiterentwickeln**

Zu intelligenten Stromnetzen gehören auch intelligente Strommärkte. Das heutige Strommarktdesign ist problematisch, weil es auf die konventionelle Stromerzeugung durch große Energieversorger ausgerichtet ist, die ihren Strom an der Börse oder durch Langzeitkontrakte verkauft. Dieses Modell erhöht einerseits derzeit künstlich die EEG-Umlage: immer wenn besonders viel Solarstrom in Deutschland ins Stromnetz einfließt, sinken die Börsenpreise. Das ist gut so. Indem heute der EEG-Strom aber an der Börse verkauft wird und mit den Differenzkosten des Börsenstroms die EEG-Umlage ermittelt wird, wird der kostensenkende Effekt des Solarstroms paradoxerweise zur Erhöhung der EEG-Umlage und somit zur Verteuerung des Solarstroms herangezogen. Solche Mechanismen wollen wir verändern und anpassen, so dass die richtigen Steuerungseffekte entstehen.

Der einzelne Bürger soll zukünftig seinen Strom auch am Markt verkaufen können, bzw. über einen intelligenten Stromzähler auch an niedrigen Börsenpreisen partizipieren. Wir wollen mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und kleine Firmen am Strommarkt und mehr Preisgerechtigkeit durch neue Regeln.

## **8. Die Klimadiplomatie mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran bringen**

- *Kleine Verhandlungserfolge statt komplizierter Supervertrag.*
- *Koalition der Willigen („progressive Klima-Allianz“) mit konkreten Vorteilen fördern.*
- *Den Globalen Süden mitnehmen, exemplarische 100%-Staaten fördern.*

Wir können es uns nicht leisten, mehr Zeit im internationalen Klimaprozess zu verlieren. Er muss stärker ziel- und ergebnisorientiert und auf die entscheidenden Fragen konzentriert werden. Dafür sehen wir zwei Wege: zum Einen sollten die Verhandlungspakete wie Waldschutz, Emissionsoberziele o.ä. gestückelt als einzelne Abkommen beschlossen werden, um wenigsten in Teilbereichen voran zu kommen. Zum Anderen muss Staaten, die sich mehr zutrauen, angereizt werden, voran zu gehen. Solche *progressiven Klima-Allianzen* müssen festgelegte Vorteile erhalten, um weitere Staaten zu mehr Handeln anzuregen. Hier schlagen wir verbesserte Konditionen in ausgewählten Bereichen wie dem Handel mit Ressourcen vor. Um die unvermeidlichen wie notwendigen Externalitäten des Abbaus fossiler Ressourcen zu kompensieren, sollten mit den fraglichen Ländern

Partnerschaften zur nachhaltigen, wirtschaftlich diversifizierten und klimafreundlichen Entwicklung der jeweiligen Region geschlossen werden. Deutschland muss auf den Weltklimakonferenzen weit ambitionierter als bisher auftreten und zugleich verstärkt bilaterale Partnerschaften dazu nutzen, klimaverträgliche Entwicklungsmodelle im globalen Süden exemplarisch zu fördern. Das sog. „leap-frogging“ im Süden, also der Sprung direkt in eine 100%-erneuerbare Wirtschaft, kann nur gelingen, wenn die reichen Staaten dem unter die Arme greifen. Sämtliche in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Gelder (z.B. für den Green Climate Fund) müssen zusätzlich zu den von uns angestrebten 0,7% ODA-Mitteln sein.

### **Beschlusslage:**

für „KLUG“:

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BDK\\_2011\\_Antraege/V-38\\_dringlichkeitsantrag\\_den\\_weltweiten\\_klim.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2011_Antraege/V-38_dringlichkeitsantrag_den_weltweiten_klim.pdf)

für Rohstoffpartnerschaften: keine

für Stückelung des Klimavertrages: keine

## **9. Open Data in der Energiewirtschaft**

Die Gesellschaft diskutiert derzeit sehr strittig über ‚Open Data‘ im Bereich der Kunst und Kultur. Im Bereich der Energiewirtschaft sehen wir sehr große Chancen dafür, dass offene Daten mehr Transparenz und Wettbewerb und eine bessere Verbreitung von Wissen befördern.

### ***Open Data bei Energiedaten öffentlicher Energieinfrastrukturen***

Wann immer Bürger die Planungen eines Energieversorgers überprüfen oder ein bestehendes Leitungsnetz zurückkaufen wollen gibt es ein Problem: wie kommt man an die Verkehrsdaten des Fernwärme- Gas- oder Stromnetzes?

Wir wollen die Verkehrsdaten von monopolgebundenen Leitungsnetzen von Strom, Wärme und Gas offen legen, damit ein fairere Zugang besteht, wenn Konzessionsverträge neu vergeben werden sollen und damit Energiekonzepte und Kraftwerksplanungen überprüfbarer werden.

### ***Open Data bei Normen***

Deutschland ist in der ganzen Welt berühmt für seine DIN-Normen. Die Norm wurde quasi in Deutschland entwickelt und hat Technikgeschichte geschrieben.

Technische Normen sind Regelwerke, die als ‚Stand der Technik‘ auf vielfältige Weise mit der Gesetzgebung zum Beispiel im Bereich des energieoptimierten Bauens verbunden sind. Während Gesetze in Deutschland frei im Internet für jedermann verfügbar sind, ist der Zugang zu Normen aber strikt reglementiert: sie müssen für teures Geld vom Beuth-Verlag, der ein Monopol darauf hat gekauft werden. Das beschränkt es den Zugang für kleine Ingenieurbüros oder Firmen zu Normen. Zu früheren Zeiten, als Normen gedruckt werden mussten mag diese Regelung sinnvoll gewesen sein. Im Zeitalter von Internet und Informationsfreiheit ist dieses Monopol und die künstliche Restriktion beim Zugang zu Normen volkswirtschaftlich unsinnig. Schließlich werden Normen von Ausschüssen von Industrie und Verwaltung erarbeitet und können per Internet kostengünstig publiziert werden.

## 10. Klimagerechtigkeit

- *Globales Pro-Kopf-Emissionsrecht stark machen!*
- *Faire Technologiekooperation!*

Bis Mitte des Jahrhunderts muss der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit praktisch vollständig auf null zurückgefahren werden. Die großen Emittenten sind deshalb zusätzlich in der Pflicht, weltweit zur Vermeidung klimaschädlicher Emissionen beizutragen. Andere Länder dürfen in Sachen Energieversorgung und Produktion nicht erst die gleichen Fehler machen, wie wir seit Beginn der industriellen Revolution. Dazu bedarf es der entsprechenden technologischen und finanziellen Unterstützung – zusätzlich zu bereits bestehenden und darüber hinaus zugesagten Mitteln. Wir wollen dazu bei der UN einen Pool für Wissenschafts- und Technologie-Transfer einrichten. Unser Verständnis von Klimagerechtigkeit ist ein globales Pro-Kopf-Emissionsrecht. Das heißt, jeder Mensch hat das gleiche Recht Treibhausgase zu verursachen, aber nur soviel, wie es der Atmosphäre und damit seinen Mitmenschen und der Umwelt nicht schadet. Unsere Emissionen im Globalen Norden müssen also radikal schrumpfen. Das schaffen wir zum einen durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und durch weitreichende Energieeffizienz und Einsparungsmaßnahmen.

**Beschlusslage:** BDK zu gleichen Emissionsrechten:

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BDK09/BDK\\_Rostock\\_Final/Klimaschutz\\_braucht\\_Klimagerechtigkeit.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK09/BDK_Rostock_Final/Klimaschutz_braucht_Klimagerechtigkeit.pdf)

## **11. Migration und Flucht aufgrund von Klimawandel**

- *UN-Initiative zum verrechtlichten Schutz von Klimaflüchtlingen, ggf. auch als Zusatz zur Genfer Flüchtlingskonvention.*

Gegenwärtig mussten oder müssen Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie dort aufgrund klimatisch bedingter Veränderungen nicht mehr leben bzw. ihren Lebensunterhalt sichern können. Nach sehr ernst zu nehmenden Prognosen wird die Zahl der aufgrund von Klimawandel Vertriebenen in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Nicht nur überflutete Inseln, auch große Landstriche werden davon betroffen sein. Es gilt Lösungswege zu vereinbaren, bevor die klimabedingten Vertreibungen katastrophale, nicht mehr zu regelnde Dimensionen annehmen.

Die meisten der Vertriebenen sind Binnenflüchtlinge. Die Betroffenen müssen deshalb die Chance erhalten, in ihrer Heimatregion unter menschenwürdigen Umständen weiter leben zu können. Dabei müssen wir die Regierungen und NGOs in den betroffenen Ländern unterstützen. Die wichtigen Aufgaben hierbei sind Adaptionenmassnahmen: die Entwicklung von Frühwarnsystemen, Angebote langfristiger Migrationsplanung, Kompensationen für Verlust von Hab und Gut und die Schaffung neuer Erwerbstätigkeiten, wenn durch den Klimawandel nicht mehr der ursprünglichen Erwerbstätigkeit nachgegangen werden kann.

Es gibt aber auch Menschen, die aufgrund des Klimawandels internationale Grenzen überqueren müssen und deren Zahl wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter ansteigen. Wir setzen uns für eine Initiative Deutschlands bzw. der EU auf UNO-Ebene ein, die zum Inhalt hat, nachweislich klimabedingte Flucht und Vertreibung völkerrechtlich verbindlich zu definieren und anzuerkennen und diese Anerkennung mit einklagbaren Rechtsansprüchen zu verbinden. Diese Regelung kann/sollte ein Zusatzprotokoll zur Genfer Flüchtlingskonvention sein, der von den bisher dort verankerten Regelungen zu trennen und zu unterscheiden ist. Angebote zur Arbeitsmigration können zur Adaption beitragen.

Bei Hilfsmaßnahmen für klimabedingt Vertriebene sollte Vorrang haben, dass die Betroffenen die Chance erhalten, in ihrer Heimatregion oder zumindest ihrem Heimatland unter menschenwürdigen Umständen weiter leben zu können. Das wird nach Lage der Dinge nur begrenzt möglich sein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass dauerhaft durch Klimawandel Vertriebene Lebens- und Siedlungsrechte in Regionen der Erde finden, die überwiegend für den weltweiten Klimawandel verantwortlich, von diesem verhältnismäßig wenig betroffen, wirtschaftlich vergleichsweise potent und gesellschaftlich durch geringe Vulnerabilität gekennzeichnet sind. Also ganz überwiegend in den entwickelten Ländern des globalen Norden.

**Beschlusslage:**

Allgemein: BDK Freiburg ([http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/362/362216.v36klimabedingte\\_migration\\_und\\_flucht\\_al.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/362/362216.v36klimabedingte_migration_und_flucht_al.pdf))

Genfer Konvention: keine

## **12. Klimaschutz & gesunde Ernährung mit nachhaltiger Bio-Landwirtschaft verbinden**

- *Beginn einer neuen Form der Landwirtschaft, in der die ökologische LW neues Leitbild wird.*
- *Quantitative Ziele in diesem Bereich.*

Wir Grüne wollen endlich die Ziele Klimaschutz, gesunde Ernährung und eine Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft miteinander verbinden. Unsere Landwirtschaft und unsere Ernährungskultur tragen zur Erderwärmung bei. Ihr Anteil am Klimawandel wird auf mehr als 20% geschätzt. Wichtige Faktoren dabei sind der hohe Fleischkonsum und die konventionelle Landwirtschaft, welche die Regenwaldrodung für Futtermittel und Fette begünstigt. Durch ungesundes Essen sind immer mehr Kinder und Erwachsene sind fehlernährt. Die Krankenkassen und Sozialsysteme werden durch ernährungsbedingte Krankheiten stark belastet. Daher wollen wir den Wandel in Landwirtschaft und Ernährung ähnlich konsequent vorantreiben, wie die Energiewende.

Einen wichtigen Ansatzpunkt hierfür birgt die Außerhausverpflegung: mit einem Umsatz von über 70 Milliarden Euro jährlich macht sie rund ein Drittel des deutschen Lebensmittelmarktes aus. Die öffentliche Kantinen in Universitäten, Schulen, Behörden

und Krankenhäusern wollen wir zu Vorreitern für eine gesunde und nachhaltige Ernährung machen und so schrittweise auch den Anteil der biologischen Landwirtschaft in Deutschland steigern. Freiwillige Vereinbarungen mit dem Lebensmittelhandel und der Wirtschaft können diese Initiative stärken. Die öffentliche Hand kann erneut als Vorreiter fungieren.

Dafür brauchen wir auch in diesem Bereich klare quantitative Ziele. Bis zum Jahr 2030 wollen wir folgende Ziele anstreben:

50% Biolebensmittel in öffentlichen Kantinen

50% Anteil regionaler Produkte

30% weniger Fleischanteil an der Kantineernährung bis 2030

Die größten Probleme der konventionellen Landwirtschaft sind:

- Flächenunabhängige Massentierhaltung, vor allem von Rindern als „Methanproduzenten“,
- stickstoffhaltige Düngung, die Lachgas entstehen lässt,
- Der Import von Soja als eiweißhaltiges Futtermittel, dessen Anbau vielfach durch Rodung von Regenwald oder den – Kohlenstoff freisetzenden – Umbruch von Grasland ermöglicht wird,
- Der enorme Energieaufwand der industriellen Landwirtschaft, der den in Kalorien gemessenen Energieertrag um ein Mehrfaches übertrifft,
- Der zunehmende Transportaufwand in einem sich immer mehr globalisierten und entregionalisierten Markt der Produkte.
- Umwandlung von (stark kohlenstoffhaltigen) Feuchtgebieten und Grünland in Ackerland

Auch aus klimapolitischen Erwägungen engagieren wir uns für eine ökologische Agrarwende und für einen *Wandel der Ernährungskultur*. In der Landwirtschaft wollen wir eine artgerechte und möglichst flächenabhängig betriebene Tierhaltung durchsetzen. Soja wollen wir schrittweise durch eiweißhaltige Futtermittel ersetzen, die in unseren breiten angebaut werden. Zur Verringerung klimaschädlicher Düngung schlagen wir eine Stickstoffabgabe vor, deren Erträge zur Förderung einer ökologischen und klimaschonenden Landwirtschaft eingesetzt werden. Ländliche Klein- und Mittelbetriebe, deren Erhalt uns ein besonderes Anliegen ist, sollen finanziell unterstützt werden, wenn

sie den energieaufwendigen Maschineneinsatz reduzieren und ggf. – warum nicht? – durch Zugtiere ersetzen. In den Ballungsräumen wollen wir eine von Bewohnern betriebene urbane Landwirtschaft fördern. Feuchtgebiete sind streng zu schützen, Grünland muss erhalten bleiben.

Ein Kulturwandel hin zu klimaschonender Ernährung kann wirkungsvoll durch Überzeugungsarbeit und auf freiwilliger Grundlage erreicht werden. Wir setzen hier auf eine breiter werdende gesellschaftliche Bewegung von Verbraucher- und vorsorgendem Gesundheitsschutz, von Tierschützern, Vegetariern und den expandierenden Märkten der Vermarktung von Bio- und von Regionalprodukten. Klimaschonende Ernährung schmeckt, sie ist gesünder und muss keineswegs teurer sein. Wer mehr Gemüse und Obst, dafür weniger Fleisch und tierische Produkte isst, lebt besser, klimaverträglicher und verringert Krankheitsrisiken. Genuss á la Saison statt Treibhaus oder Tiefkühlware, Lebensmittel aus der Region und natürlich Bio-Produkte sind weitere Ziele, für die wir in einer gewandelten Ernährungskultur werben. Und nicht zuletzt: Die Wegwerfmentalität, der über ein Drittel der Nahrungsmittel ungenutzt zum Opfer fällt, muss aufhören.

### **13. Den Ländlichen Raum als Treiber der Energiewende begreifen**

Gerade für den ländlichen Raum sehen wir Grüne mit der Energiewende riesige Entwicklungschancen. Mit der Energiewende und der Abkehr von wenigen, großen Erzeugungseinheiten geht die Energieerzeugung in die Fläche in viele, viele kleinere Einheiten. Sei es beim weiteren Ausbau der onshore Windkraft mit den damit verbundenen, kommunalen Gewerbesteuer- und Pachteinnahmen - der ländliche Raum, die Kommunen und die dort lebende BürgerInnenschaft werden davon am meisten profitieren. Genauso sieht es bei der Nutzung der Solarenergie aus, sei es auf Gebäuden, stillgelegten Deponien oder auf großen Carportanlagen, die zunehmend Freiflächenanlagen verdrängen werden. Auch Wasserkraftpotentiale können nur dort genutzt werden, wo sie vorhanden sind – nämlich größtenteils in der Fläche. Biogasanlagen, die Sinn machen, sind verstärkt im ländlichen Raum anzutreffen. Die vielen Möglichkeiten der lokalen Wertschöpfung werden einen ganz neuen Blick auf die Energiewende richten. Bislang wirtschaftlich schwächere, ländliche Räume werden von der Energiewende profitieren können. Dadurch wird neue Infrastruktur und Entwicklungsperspektive im ländlichen Raum entstehen. Die Attraktivität von „Leben auf

dem Land“ kann mit der von uns Grünen vorangetriebenen Energiewende so erhalten bzw. gesteigert werden.